

MITTWOCH, 8. JANUAR 2014

Regio Basiliensis bezieht Position

Für Personenfreizügigkeit

BASEL (BZ). Am 9. Februar wird über die Volksinitiative zur Masseneinwanderung abgestimmt. Die Bevölkerung und die Wirtschaft in der Region sind angesichts des integrierten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts auf die Fortführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU angewiesen, heißt es in einem Positionspapier der Regio Basiliensis. Bei einem Ja würden auch für Grenzgänger Kontingente gelten. Der Vorstand der Regio Basiliensis spricht sich dafür aus, die bewährte Zusammenarbeit weiterzuführen. „Der bewährte grenzüberschreitende Wirtschaftsraum im Dreiland darf nicht gefährdet werden“, heißt es in der Mitteilung.

Die Öffnung gegenüber den Grenz-nachbarn mit den engen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verflechtungen gehöre mittlerweile zum Selbstverständnis am Oberrhein und im Dreiland. 67 400 Grenzgänger aus Deutschland und Frankreich würden täglich zur Arbeit in die Nordwestschweiz pendeln – davon 31 400 aus dem Elsass und 36 000 aus Baden. Viele Firmen hätten Niederlassungen jenseits der Grenze. Die bilateralen Verträge mit der EU seien mit der Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für Grenzgänger eine Erfolgsgeschichte. Aus der Sicht des Vorstands der Regio Basiliensis ist eine Weiterführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU im Hinblick auf eine Weiterentwicklung des trinationalen Wirtschafts- und Lebensraumes unverzichtbar. Eine Annahme der Initiative „Gegen

Masseneinwanderung“ würde nicht nur ein Fiasko der schweizerischen Europapolitik darstellen, sondern auch den freien Personenverkehr und das wirtschaftliche Zusammenwachsen über die Grenzen hinweg in der Region langfristig behindern. Der Initiativtext sehe explizit vor, dass auch Bewilligungen für Grenzgänger einem Kontingent unterliegen.

Die Bemühungen der Regio Basiliensis im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit würden mit einer Annahme der Initiative um Jahre zurückgeworfen und ein spürbarer Vertrauensverlust bei den Partnern in Baden-Württemberg und im Elsass wäre absehbar.

Regio Basiliensis für Personenfreizügigkeit

Basel. Der Vorstand des Vereins Regio Basiliensis setzt sich für ein Nein zur Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» ein. Denn Bevölkerung und Wirtschaft der Region seien auf die Fortführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU angewiesen, heisst es in einer Mitteilung. 67 400 Grenzgänger aus Deutschland und Frankreich pendeln zur Arbeit in die Nordwestschweiz. Die Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für Grenzgänger sei eine Erfolgsgeschichte. Die Initiative sieht vor, dass auch Bewilligungen für Grenzgänger einem Kontingent unterliegen.



Basel

Kontingente für Grenzgänger?

Die Oberbadische, 08.01.2014 09:24 Uhr



„Der grenzüberschreitende Wirtschaftsraum im Dreiland darf nicht gefährdet werden“, so der Geschäftsführer von Regio Basiliensis. Foto: Die Oberbadische

Basel (mcf). „Regio Basiliensis“ spricht sich deutlich gegen die am 9. Februar in der Schweiz zur Abstimmung stehende SVP-Initiative „Gegen Masseinwanderung“ aus. Der Verein, der als Schweizer Partner für die Oberrhein-Kooperation auftritt, befürchtete bei einer Annahme der Initiative durch das Stimmvolk eine Gefährdung des trinationalen Wirtschaftsraums, wie gestern mitgeteilt wurde.

Auch der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt werde mit dem SVP-Ansinnen in Frage gestellt, also auch die rechtliche Grundlage für die Beschäftigung von zehntausenden Grenzgängern aus dem Landkreis Lörrach. Auch der Basler Regierungspräsident Guy Morin spricht sich gegen die Masseneinwanderungsinitiative aus, wie er am Montagabend beim Neujahrsempfang unterstrich (siehe Bericht oben).

Die Bevölkerung und die Wirtschaft in der Region seien angesichts des integrierten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts auf die Fortführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU angewiesen, heißt es in der Mitteilung von Regio Basiliensis. „Bei einem Ja würden auch für

Grenzgänger Kontingente gelten.“ Der Vorstand der Regio Basiliensis spricht sich daher dafür aus, „die bewährte bilaterale Zusammenarbeit weiterzuführen. Der grenzüberschreitende Wirtschaftsraum im Dreiland darf nicht gefährdet werden“, so Dr. Manuel Friesecke, Geschäftsführer von Regio Basiliensis.

Die Öffnung gegenüber den Grenznachbarn mit den engen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verflechtungen gehöre mittlerweile zum Selbstverständnis am Oberrhein und im Dreiland. Als Beleg werden die 67 400 Grenzgänger angeführt, die aus Deutschland und Frankreich täglich zur Arbeit in die Nordwestschweiz pendeln – davon 36 000 aus Baden.

Viele Firmen haben Niederlassungen jenseits der Grenze, heißt es weiter. Die bilateralen Verträge mit der EU seien mit der Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für Grenzgänger eine Erfolgsgeschichte. Aus der Sicht des Vorstands der Regio Basiliensis ist eine Weiterführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU unverzichtbar. „Eine Annahme der Initiative ‚Gegen Masseneinwanderung‘ würde nicht nur ein Fiasko der schweizerischen Europapolitik darstellen, sondern auch den freien Personenverkehr und – via Guillotine-Klausel – das wirtschaftliche Zusammenwachsen über die Grenzen hinweg in unserer Dreiländerregion langfristig behindern. Der Initiativtext sieht explizit vor, dass auch Bewilligungen für Grenzgängern einem Kontingent unterliegen“, so der Verein.

Außerdem befürchtet dieser, dass seine Bemühungen und die der Nordwestschweizer Kantone im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit einer Annahme der Initiative um Jahre zurückgeworfen würden und ein spürbarer Vertrauensverlust bei den Partnern in Baden-Württemberg und im Elsass absehbar wäre.